



GRÜN WIRKT

LANGPROGRAMM für die Wahlperiode 2016-2021

UMWELT SCHÜTZEN
SOZIAL HANDELN
INTEGRATION LEBEN

GLB

Grüne Liste Bensheim

DIE GRÜNEN



Wählergemeinschaft für Demokratie und Umwelt

1. Klimaschutz

Um einen Beitrag zur Begrenzung der globalen Erwärmung zu leisten, wollen wir Bensheim weiterhin zu einer klimaneutralen Stadt entwickeln. Wir wollen erreichen:

- die Reduzierung der CO₂-Emissionen der Stadt um 40% bis 2020 (gegenüber 1990).
- die Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Masterplan „100% Klimaschutz“, den die GLB nach Bensheim geholt hat. Der Masterplan „100% Klimaschutz“ zeigt für Bensheim, in welchen Bereichen wie viel CO₂ ausgestoßen wird, und gibt 43 Handlungsempfehlungen, durch deren Umsetzung die Emissionen bis 2050 um 95% verringert werden können.
- eine fortdauernde Klimaschutzkampagne mit Mitmachaktionen für Bürgerinnen und Bürger sowie den Aufbau eines Klimaschutz-Netzwerkes von Unternehmen und Institutionen.
- die Erstellung und regelmäßige Aktualisierung einer CO₂-Bilanz für Bensheim.
- die Fortsetzung des einmal jährlich stattfindenden Klimatages.

Energieverbrauch durch Gebäudeheizung:

Nach wie vor ist Energieeinsparung die wichtigste Energiequelle und der Verbrauch an Heizenergie einer der größten Verursacher von CO₂-Emissionen. Der Wärmebedarf der Stadt Bensheim betrug 2012 482.000 MWh (Megawattstunden). 40% des gesamten Endenergieverbrauchs in Deutschland und ein Drittel der CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudereich (Quelle: Masterplan „100% Klimaschutz“).

Wenn wir dem erfolgreich entgegenwirken wollen, muss in einem überschaubaren Zeitraum ein Teil der Altbauten auf oder in die Nähe des heute geltenden Neubaustandards gebracht werden. Deshalb wollen wir für Altbauten erreichen:

- wirkungsvolle Anreize für Gebäudeeigentümer, um die energetische Sanierung im Altbaubestand voranzutreiben. Dazu gehören die intensivere Beratung an alltäglichen Praxisbeispielen und der Ausbau des städtischen Förderprogramms.
- die Beibehaltung und Fortschreibung der städtischen Förderprogramme „Klimaschutz“ und „Klimaschutz plus“ sowie die Unterstützung des städtischen Teams Klimaschutz. Das Förderprogramm „Klimaschutz“ fördert die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden, das Förderprogramm „Klimaschutz plus“ den Bau von Photovoltaikanlagen.
- ein Programm zur quartiersweisen energetischen Sanierung mit spezieller Beratung, z.B. durch das Klimaschutzteam, und Förderung durch die Stadt inklusive Hilfe zu gemeinsamer Planung, Ausschreibung und Bauleitung.
- Für Neubauten wollen wir erreichen: maximal zehn Kilogramm CO₂ pro Quadratmeter und Jahr Gesamtemission für Wärmeenergiebedarf in den Bebauungsplänen und in entsprechenden städtebaulichen Verträgen.
- Die Kraft-Wärme-Kopplung stellt nach wie vor eine der effektivsten Arten zur Erzeugung von Strom und Heizenergie dar, insbesondere wenn Holz oder andere regenerative Energien als Primärenergieträger eingesetzt werden. Deshalb setzen wir uns für ein Investitionsförderprogramm zum Einsatz holzbasierter Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmeversorgung gemeinsam mit einem Energieversorger als Partner und lokalen Wohnungsbaugesellschaften ein – für geeignete Neubauten sowie beim Austausch alter Heizanlagen.

Energieverbrauch durch Verkehr:

Neben dem Heizenergieverbrauch ist der Autoverkehr eine weitere große Quelle der CO₂-Emissionen in Bensheim. Der Energiebedarf lag 2012 bei 430.500 MWh, der CO₂-Ausstoß bei 128.400 Tonnen. Insgesamt verbrauchte Bensheim 2012 1.088.500 MWh Energie und emittierte 350.000 Tonnen CO₂ (Quelle: Masterplan „100% Klimaschutz“).

Um die angestrebte Verminderung der Emissionen zu erreichen, soll der Autoverkehr vermindert und der Fuß- und Radverkehr sowie der Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel attraktiviert werden (siehe Programmteil Verkehr).

Deshalb wollen wir erreichen:

- die Förderung von Car-Sharing, den Aufbau eines vom Bahnhof ausgehenden Mobilitätsangebotes (Mobilitätszentrale) mit Verleih von Fahrrädern (mit und ohne Elektroantrieb) und Elektroautos für Bürgerinnen und Bürger sowie Touristinnen und Touristen.
- In Wohngebieten soll die Straße wieder zum Spiel- und Lebensraum werden und auf Kurzstrecken die Alternative Fahrrad an Bedeutung gewinnen.
- Die Aufteilung des Verkehrsraumes muss sich an der zukünftigen Bedeutung des Fahrradverkehrs, den Belangen der Fußgängerinnen und Fußgänger und am Verbund der öffentlichen Verkehrsträger orientieren, nicht allein an den Bedürfnissen der Autofahrerinnen und Autofahrer.
- Überarbeitung der Stellplatzsatzung entsprechend dem demografischen Wandel.
- Die Bevorzugung besonders verbrauchsarmer Fahrzeuge (Elektroantrieb, Erdgasantrieb, CO₂-Emission kleiner als 100g/km) sollen in der Verkehrslenkung z.B. durch kostenloses Parken auf öffentlichen und städtischen Parkflächen vorangebracht werden.
- den weiteren Ausbau der Fahrradinfrastruktur.
- Überarbeitung des ÖPNV-Konzeptes gemäß allgemein anerkannten Prinzipien (sternförmige Linien von einem zentralen Knoten (Bahnhof) aus in hoher Frequenz, mindestens 15 Minuten-Takt).

Energieerzeugung:

Neben dem Verkehr ist die Stromerzeugung für einen wesentlichen Anteil der CO₂-Emissionen verantwortlich (Der Strombedarf lag 2012 bei 180.000 MWh, die entsprechende Emission bei 100.000 Tonnen CO₂. Quelle: Zwischenbericht zum Masterplan „100% Klimaschutz“). Darum wollen wir erreichen:

- die Nutzung der Windkraft im Kreis Bergstraße, insbesondere auf Flächen der Stadt Bensheim, soweit dies mit dem Naturschutz vereinbar ist – mit Kompensation von Eingriffen durch Ausgleichsmaßnahmen. Diese sollen vorzugsweise mit direkter Bürgerbeteiligung entstehen („Bürgerwindräder“).
- die schrittweise Umstellung des Energiebezugs der GGEW auf 100% regenerativ erzeugten Strom bis zum Ende der Wahlperiode.
- die Überprüfung der Möglichkeiten der regenerativen Energiegewinnung über die Solarenergie hinaus auf dem Gebiet der Stadt Bensheim einschließlich des regionalen Umfelds – insbesondere Windkraft, aber nicht Tiefengeothermie.
- die weitere Verringerung des Energieverbrauchs bei städtischen Gebäuden und Fahrzeugen. Vorrangig Beschaffung von Fahrzeugen mit Erdgas- oder Elektroantrieb.
- die weitere Optimierung des städtischen Energiemanagements.
- die Förderung der Solar- und Energieberatung, insbesondere die Weiterarbeit des städtischen Klimaschutzteams.
- gemeinsam mit der GGEW den Aufbau eines Modellprojektes zur Stromspeicherung (z.B. mit einer Power-to-Gas-Anlage). Die Verstetigung des Stromangebotes ist eine große, bisher unzureichend bearbeitete Herausforderung auf dem Weg zur 100% regenerativen Stromversorgung.
- die Einrichtung einer Solardachbörse, mit der Besitzerinnen und Besitzer von Flächen und Betreiber zusammengebracht werden sollen.

2. Natur- und Landschaftsschutz

Die Naturschutzverbände in Bensheim sollen weiterhin Gehör finden. Deshalb soll der „Runde Tisch“ mit dem zuständigen Dezernenten Adil Oyan weitergeführt werden.

Der Grüngürtel in der Westgemarkung wird weiter entwickelt. Die Biotopvernetzung soll vor allem in der Verbindung der Achsen Odenwald–Ried unter Einbezug der bestehenden Naturschutzgebiete erfolgen. Wir wollen eine Biotopvernetzung erreichen durch:

- eine Optimierung der Bachquerungen und Unterführungen für Wildtiere unter der A5.
- den Flächentausch zwischen Landwirten und der Stadt in ökologisch sinnvoller Weise (z.B. zwischen A5 und dem Feldweg an der Hartbrücke).
- die Entstehung weiterer Heckenzüge westlich des Lindenhofes, zwischen Brückweg und Auerbach, da sie für die Entwicklung der Artenvielfalt eine besondere Rolle spielen.
- den Ausbau der Felldraine der landwirtschaftlichen Pachtflächen zu ökologisch wertvollen Felldrainen. Gleichzeitig wird die ökologische Landwirtschaft gefördert. Biologisch bewirtschaftete Felder werden durch eine Verringerung des Pachtzinses gefördert.
- Außer den landwirtschaftlichen Felldrainen können auch andere wegbegleitende Flächen, Bahndämme und eventuell vorhandene Grünflächen und nicht nutzbare Zwickel auf ihre ökologische Bedeutung hin untersucht und z. B. durch bienenfreundliche Aussaaten aufgewertet werden.
- An der Erlache muss der neue See, der sich zum Natursee entwickeln soll, vom Anglersee getrennt bleiben. Nur so kann eine natürliche Artenvielfalt entstehen.
- Die begonnene Winkelbach–Renaturierung soll über die verlängerte Saarstraße hinaus bis zum Berliner Ring weitergeführt werden.
- Die Grünbrückenplanung wird mit den Naturschutzverbänden, Landwirtinnen und Landwirten sowie Jägerinnen und Jägern abgestimmt werden.
- Der Bensheimer Stadtwald soll FSC– (Forest Stewardship Council) oder höher zertifiziert werden. Der FSC–Standard für die Waldbewirtschaftung enthält ökologische und soziale Kriterien. Für die ökologischen Kriterien dient die natürliche Lebensgemeinschaft im Wald als Vorbild. Diese gilt es zu erhalten oder wiederherzustellen. Die Sozialstandards beinhalten die Wahrung der Arbeitnehmerrechte und fordern einen hohen Ausbildungs– und Sicherheitsstandard.

3. Moderne Stadtgesellschaft

Die GLB tritt für eine behutsame und nachhaltige Entwicklung Bensheims ein, die den Charakter der Stadt bewahrt. Bensheim wächst, aber schon jetzt wird die Stadt älter und bunter. Der Zuzug in unsere attraktive Stadt hält an. Durch die Aufnahme von Flüchtlingen gewinnt Bensheim auch an Vielfalt. Wir wollen eine Stadtentwicklung, die sich an den geänderten Bedürfnissen ausrichtet und die Attraktivität sowie die Lebensqualität in Bensheim steigert. Der demografische Wandel ist eine positive Herausforderung, bei der die Gestaltungspotenziale im Vordergrund stehen.

Geänderter Wohnraumbedarf

- Die GLB will den Flächenverbrauch durch Innen– statt Außenentwicklung einschränken. Das Eulergelände, die Firma Marmorit, die Fläche der Vetterklinik und das neue Fachmarktzentrum auf dem brachliegenden Güterbahnhof sind Beispiele für neue Nutzungen im Innenbereich.

- Wir wollen dem Druck auf (immer teurer werdenden) Wohnraum durch maßvolle Nachverdichtung bereits vorhandenen Wohnraums und die Schließung von Baulücken begegnen. Hierbei gibt es einen zunehmenden Bedarf sowohl an bezahlbaren Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen als auch an bezahlbarem Wohnraum für größere Familien.
- Wir wollen den Wiedereinstieg der Stadt in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
- Wir wollen bei der Bauplanung darauf achten, dass bei der Innenentwicklung auch Mehrparteienhäuser mit kleinen Wohnungen vorgesehen werden.

Attraktive Stadt:

- Wir wollen eine höhere Attraktivität des Marktplatzes durch die Umsetzung aller jetzt geplanten Bauabschnitte erreichen. Diese Umgestaltung ermöglicht insbesondere durch das neu verlegte Pflaster eine bessere Begehrbarkeit. Die Bäume bleiben erhalten und der Brunnen wird beleuchtet.
- Wir fordern die weitere Aufwertung und Sicherung der Attraktivität der Innenstadt. Dazu gehören gut zu erreichende öffentliche WC-Anlagen.
- In Zukunft soll auch durch ausreichend öffentliche Sitzbänke mehr auf die Bedürfnisse der älteren Mitmenschen eingegangen werden.
- Die historischen Gebäude sind Kennzeichen unserer Stadt und unserer Geschichte und nicht zuletzt maßgeblich für den Tourismus in Bensheim. Es gilt, sie zu erhalten. Bei Gebäuden, die nicht der öffentlichen Hand gehören, sehen wir die Privateigentümer in der Pflicht. Wir wollen mit allen Mitteln erreichen, dass der historische Gebäudebestand erhalten bleibt und die unterstützende Beratung durch die Stadt zielstrebig fortgesetzt wird.

Um die Wohn- und Lebensbedingungen in den Stadtteilen und Stadtquartieren zu optimieren, wollen wir in den Stadtteilen die Infrastruktur erhalten und die individuellen Ideen von Stadtteilinitiativen unterstützen (z.B. den fahrenden Dorfladen oder seniorengerechte Mobilitätspläne). Nach Fertigstellung des Hochstädter Hauses verfügen alle neun Stadtteile über ein Dorfgemeinschaftshaus. Diese sind wichtige Kommunikationsorte und tragen zu einem lebendigen Leben im Stadtteil bei. Dies wollen wir unterstützen.

Dalberger Hof

Der Dalberger Hof soll vom Bürgerhaus räumlich abgetrennt und unabhängig von der Frage nach der künftigen Nutzung des Bürgerhauses behandelt werden. Dadurch soll der Dalberger Hof, soweit mit geringem Kostenaufwand möglich, wieder vollständig nutzbar gemacht werden, indem geprüft wird, wie die Nutzungsvoraussetzungen mit minimalem Kostenaufwand erfüllt werden können.

Bürgerhaus

Für die Zukunft des Bürgerhauses bestehen verschiedene grundsätzliche Optionen. Für keine konnte in der Vergangenheit eine stabile Mehrheit gefunden werden. Wir schlagen daher folgendes Vorgehen vor:

- Bildung eines runden Tisches mit der Aufgabe, ein neues Nutzungskonzept für das Bürgerhaus und ein davon getrenntes Nutzungskonzept für den Dalberger Hof zu erarbeiten und daraus die notwendigen baulichen Maßnahmen abzuleiten.
- Aufstellung eines Instandhaltungsplanes und Durchführung der in der Vergangenheit unterlassenen Instandhaltung. Fortführung der Instandhaltung, bis andere Entscheidungen für die Zukunft getroffen sind.
- Das Bürgerhaus soll, soweit mit geringem Kostenaufwand möglich, wieder vollständig nutzbar gemacht werden, indem für jeden einzelnen Raum geprüft wird, welche Nutzungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind und wie dies mit minimalem Kostenaufwand verändert werden kann.

- Die Betriebskosten sollen durch Stilllegung der überdimensionierten Kühlräume, Abstellen der nicht notwendigen Warmwasserversorgung und eine gezieltere Steuerung der Heizung gesenkt werden.

Gutes Leben im Alter

- Wir wollen die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben verbessern, indem wir ältere Menschen zur Mitgestaltung einladen. Wir unterstützen Initiativen wie „SoNAh“ (Sozialraumorientierte Netzwerke in der Altenhilfe) der Caritas im Bensheimer Süden und würden ähnliche Initiativen in anderen Bensheimer Stadtteilen begrüßen.
- Wir setzen uns für mehr Angebote in einer professionellen Demenzpflege ein, sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Wir sehen hier einen wachsenden Bedarf. Wir fordern eine fußläufig gut erreichbare öffentliche Grünfläche für alle Generationen in jedem Wohnquartier. Bei allen künftigen Planungen ist darauf zu achten (also auch bei der Entwicklung des Bundeswehrdepots Rheinstraße und des ehemaligen EDEKA-Geländes).
- Wir wollen mehr altengerechten, zentrumsnahen Wohnraum und mehr Angebote für betreutes Wohnen in der Innenstadt, Auerbach und der Weststadt, darunter einen Standort mit einem kombinierten Pflegeheim. Wir können uns dies auf dem Gelände des ehemaligen EDEKA-Marktes an der Ecke Moselstraße / Wormser Straße vorstellen.
- Wir möchten insbesondere für ältere Menschen mehr Sitzgelegenheiten auf den fußläufigen Hauptwegen zur Innenstadt schaffen.
- Abgesenkte Bordsteinkanten an den Übergängen und Straßenecken in der gesamten Stadt und Gehwege mit nur geringer Neigung zur Straße werden die Nutzung z.B. mit Rollatoren erleichtern. Bei allen Sanierungen soll darauf geachtet werden.

Familienfreundliche Stadt

Den Wandel in der Arbeitswelt und Gesellschaft – und damit auch in den Familien – wollen wir berücksichtigen. Eine umfassende, flexible und vielfältige Kinderbetreuung ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig. Gute Rahmenbedingungen sind die Voraussetzungen für eine lebendige und junge Stadt. Bensheim hat hier bereits viel zu bieten. Das Niveau wollen wir erhalten und ausbauen.

Kinderbetreuung

Wir wollen auch in Zukunft den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen (U3, Kita) erreichen – schon wegen des Zuzuges in die Kernstadt. Dies ist nicht nur ein Beitrag zur familienfreundlichen Stadt. Wir wollen dabei ebenso die pädagogischen Impulse aufnehmen, die im „Erziehungsplan für 0- bis 10-jährige Kinder“ beschrieben werden, nach dem die Grundschulen in Bensheim arbeiten. Frühe pädagogische Angebote helfen allen Kindern auf dem Weg zu einer möglichst guten Bildung.

- Wir wollen das Familienzentrum, das Mehrgenerationenhaus und das Frauenbüro weiterhin unterstützen.
- Ein gutes Netzwerk aller in der Stadt, die für Familien sorgen, ist uns wichtig.
- Wir wollen ein Aktionsbündnis Familie einrichten, dazu die städtischen Homepage mehr nutzen und Doppelstrukturen möglichst vermeiden bei den Themenschwerpunkten: familienfreundliche Stadt, seniorenfreundliche und stadtteilnahe Begegnungsstätten
- Wir wollen für bedürftige Familien und für von Altersarmut Betroffene den Sozialpass der Stadt Bensheim weiter ausbauen und entsprechende zusätzliche Leistungen aufnehmen.

Jugend

Bensheim ist eine Stadt mit einem umfassenden Angebot für junge Menschen. In den letzten Jahren haben wir diese Angebote an vielen Stellen verbessert und erweitert, so unter anderem mit dem Jugendzentrum am Bahnhof, den Proberäumen für junge Bands sowie den jugendspezifischen Veranstaltungen (z.B. Maiparty).

Die Bedarfsanalyse „Was fehlt? Was kann besser werden?“ unter Schülerinnen und Schülern soll fortgesetzt werden. In der über Parteigrenzen hinweg existierenden Einigkeit bei diesem Projekt haben wir mit dem Vorsitzenden des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses die Lenkungsfunktion übernommen.

- Wir wollen einen jugendgerechten Flyer mit allen Angeboten in Bensheim erreichen.
- Wir wollen die bestehenden Räumlichkeiten und Plätze, die von Jugendlichen genutzt werden können, bedarfsgerecht ausbauen und ergänzen, ohne dabei das viel diskutierte Thema des Jugendzentrums (wir halten eine teilweise selbstverwaltete Lösung für die sinnvollste) aus den Augen zu verlieren.

Kultur in der Stadt

Bensheim hat ein qualitativ hochwertiges Kulturangebot, das von der städtischen Musikschule über die Stadtbibliothek bis zum Parktheater und Museum reicht und wesentlich zur Attraktivität der Stadt beiträgt. Dies zählt bei Zuzug und Neuansiedlung von Firmen.

Als größte Stadt im Kreis Bergstraße und Stadt der Schulen ist es wichtig, dieses gute kulturelle Angebot zu erhalten und auszubauen. Auch das große Angebot in den Bereichen Theater, Varieté und Musik auf privater Seite bereichert unsere Stadt und soll weiter unterstützt werden.

In allen Landesverfassungen genießen Kunst und Kultur einen verfassungsrechtlichen Schutz. Kultur ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken. Wir wollen uns als GLB dieser Verantwortung auch unter schwierigen Bedingungen weiterhin stellen.

Öffentliche Beschaffung

Öffentliche Aufträge stellen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Die öffentliche Auftragsvergabe stellt somit ein geeignetes Instrument dar, um einen Beitrag zum sozial und ökologisch nachhaltigeren Wirtschaften zu leisten. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll sich grundsätzlich an sozialen, ökologischen, umweltbezogenen und innovativen Anforderungen ausrichten. Insbesondere die Verpflichtung zum Kauf fair gehandelter Produkte, die sich Bensheim als Fairtrade-Stadt auferlegt hat, soll konsequent beibehalten und weiterentwickelt werden.

4. Integration

„Das Thema Flucht, Migration & Integration ist ein zentraler Baustein für eine nachhaltige, sozial gerechte und offene Gesellschaft. Es ist damit auch ein zentraler Baustein grüner Kommunalpolitik. Flucht, Migration und Integration sind deshalb nicht bloß als Querschnittsthemen zu behandeln (also als Teil von Wohnungs-, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitik etc.), sondern brauchen auch einen Raum als eigenständiges Thema.

Grüne Politik steht dafür, Einwanderung zu ermöglichen, Integration zu gestalten und die Rechte von Geflüchteten und Asylsuchenden zu schützen. Wir stehen für eine interkulturelle und offene Gesellschaft, in der Partizipations- und Aufstiegsmöglichkeiten gerecht verteilt sind“ (Quelle: LAG/Grüne in Hessen).

Integrationspolitik in Bensheim

Die Integrationsarbeit in Bensheim fördert und unterstützt das Ankommen und Einbeziehen von Migrantinnen und Migranten einschließlich Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Flüchtlingen in die Stadtgesellschaft. In zentralen Bereichen – zunächst Sprache, Wohnen, Arbeiten – wird Hilfestellung im Rahmen der städtischen Möglichkeiten angeboten. Der Zugang zu den Strukturen soll erleichtert werden. Auf der Seite der Aufnahmegesellschaft gilt: kulturelle Vielfalt anerkennen und wertschätzen. Das gilt aber auch umgekehrt. Jedes Kind hat von Beginn seines Aufenthaltes an ein Anrecht auf den Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung bzw. der Schule. Das entsprechend erforderliche zusätzliche Angebot an U3- und Kita-Plätzen sowie Lehrerstellen ist zu schaffen.

Daraus folgt: Ziel der Integrationsarbeit ist die selbstbestimmte und gleichberechtigte Partizipation der Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Stadtgesellschaft. Die Integrationsarbeit fördert und unterstützt die Akzeptanz für diese Gruppen bei der Mehrheitsbevölkerung.

Was wir erreicht haben:

Die Beteiligung der GLB an der Stadtregierung in Bensheim hat im Integrationsbereich zu zahlreichen und wichtigen Einrichtungen und Angeboten für Migrantinnen und Migranten geführt, die politisch abgesichert und ausgebaut werden müssen: Integrationslotsinnen und -lotsen, Integrationsbeauftragte, Väterprojekt, Einbürgerungsempfang, Ermöglichung muslimischer Bestattungen, Info-Broschüren und vieles mehr.

Außer der Integration der EU-Migrantinnen und -Migranten, der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, der ausländischen Bensheimerinnen und Bensheimer gilt es nun, die Unterstützung für Flüchtlinge zu organisieren.

Was wir erreichen wollen:

- eine bedarfsgerechte Ausbildung von weiteren Integrationslotsinnen und -lotsen zusammen mit dem Viernheimer Verein Lernmobil.
- Fortführung des Väterprojekts „Vater sein ist schön“.
- Unterstützung für Bensheimer Flüchtlings-AGs und -Helferkreise, insbesondere bei niederschweligen Sprachkursen. Bereitstellung von Räumen, evtl. Kinderbetreuung und Fahrdienste.
- Dispositionsfonds für die Anschaffung von Unterrichtsmaterialien für ehrenamtliche Sprachkursdozentinnen und -dozenten.
- Entwicklung eines differenzierten Sprachlernkonzepts für Flüchtlinge auf städtischer Ebene, z.B. auch unter Einbeziehung der Kreis-Volkshochschule.
- Aufbau eines Integrationsmonitorings in Bensheim: Wie viele Migrantinnen und Migranten leben in Bensheim? Wie wohnen sie? Welche Schulbildung haben sie? Wie sind sie in den Arbeitsmarkt integriert?
- Aufrechterhaltung und Unterstützung von Diakonie und Caritas bei Hilfen für Flüchtlinge, insbesondere bei der Aufrechterhaltung des Jugendmigrationsdienstes in Bensheim.

5. Ökologische Stadtentwicklung

Die Grünen setzen sich für eine Einschränkung des Flächenverbrauchs ein. Bevor Baugelände am Stadtrand genehmigt werden, sollen Baulücken in der Stadt geschlossen werden.

Wir wollen erreichen:

- Freiraumlücken zwischen den Ortschaften sollten erhalten bleiben. Die Grünen sind gegen eine weitere Bebauung der Bergstraßenhänge.
- Es soll eine maßvolle, dem Bedarf an Wohnraum angepasste Bebauung erfolgen. Grünflächen in der Stadt werden weitestgehend erhalten und, wenn möglich, ausgebaut.
- Es soll ein Wärmebild der Stadt angefertigt werden. Hierdurch können besonders problematische, das heißt stark aufgeheizte, Flächen lokalisiert werden. Danach soll entschieden werden, ob an diesen Stellen eine Begrünung geschaffen werden kann. Zusätzlich können kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen aus dem Grünflächenkataster abgeleitet werden.
- Alle Wohnquartiere sollen öffentliche Grünflächen besitzen, die für alle Generationen des Viertels erreicht werden können.
- Eine Verbesserung des Stadtklimas kann an vielen Stellen durch Dach- und Fassadenbegrünung erfolgen. Deshalb soll das Fassadenkonzept Innenstadt erweitert werden. Es soll eine gezielte Beratung zu diesem Thema in Form einer Informationsseite auf der städtischen Homepage eingerichtet werden.
- Insgesamt sollen die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten der Anlage und Pflege von ökologisch intakten Gärten informiert werden. Eine Kampagne für ökologischen Pflanzenschutz soll zeigen, dass der Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden und Herbiziden keinesfalls notwendig ist. Auch hierzu soll eine Informationsseite auf der städtischen Homepage eingerichtet werden. Veranstaltungen mit gartenbaulichen Fachleuten ergänzen die Angebote.
- Es ist sinnvoll, wenn dabei die Stadt mit gutem Beispiel voran geht. Bensheim soll pestizidfreie Stadt werden.
- Das bürgerliche Engagement soll gestärkt werden. Sowohl innerstädtisch als auch im Bereich Biotope sollen Patenschaften angeboten werden – z.B. für Baumpflanzungen, Biotope oder bei der Anlage einer Glücksbaumwiese.
- Verkehrsinseln, Straßenmittel- und Randstreifen sollen weiterhin insektengerecht bepflanzt werden.
- Die Lauter soll zwischen Mittelbrücke und Rinnentor ökologisch aufgewertet werden.

6. Radverkehr

Fahrradfreundlicher wird die Stadt durch Umsetzung des gesamten Radverkehrsplans (RVP) innerhalb der nächsten fünf Jahre. Sämtliche 114 im RVP genannten Einzelmaßnahmen sind umzusetzen. Verkehrszuschüsse des Landes Hessen sollen dazu vorrangig für Rad- und Fußgängerverkehr beantragt werden. Bensheim und seine Bürgerinnen und Bürger werden reicher, wenn der Verkehr in nachhaltige und ökologische Bahnen gelenkt wird. Plätze und Wege sollen so gestaltet sein, dass alle ungefährdet darauf gehen und fahren können.

Beispielhaft seien hier einige der im RVP identifizierten Schwachpunkte und die daraus abgeleiteten Maßnahmen aufgeführt:

- Wir wollen, dass die Wilhelmstraße zur Fahrradstraße wird. Es ist uns wichtig, die in anderen Städten bestens bewährte Form des „Shared Space“ auch bei uns einzuführen.

- Die Anbindungen an Hochstädten und Gronau sind problematisch für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer. Wir fordern Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der Mühlthalstraße (L3103) und auf der Gronauer Straße. Außerdem muss durch entsprechende Markierungen auf die Nutzung dieser Straßen durch Radfahrende hingewiesen werden.
- Die Bahnüberquerungen von Brückweg und Saarstraße sind in beide Richtungen für Radfahrerinnen und Radfahrer wenig geeignet. Bauliche Anpassungen sind erforderlich, damit sie die Bahnbrücken gefahrlos nutzen können. Zusätzlich ist eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im gesamten Straßenverlauf erforderlich.
- Der Bahnhofsvorplatz soll Bindeglied, nicht Sperrriegel für den von Norden bzw. Westen kommenden Radverkehr sein. Eine klare Beschilderung und Markierung im Sinne eines von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern sowie Fußgängerinnen und Fußgängern gemeinsam zu nutzenden Verkehrsraums ist erforderlich. Zusätzlich sind die Umlaufsperrn an den Radwegen im näheren Bahnhofsumfeld radfreundlich zu gestalten.
- Die Markierungen der Radwege auf der Schwanheimer Straße zwischen B3 und Berliner Ring sind nicht mehr zeitgemäß. Sie sind so zu gestalten, dass die Gefährdung der Radfahrenden durch den fließenden Verkehr und durch parkende Autos verringert wird. Dazu gehört auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.
- Wir fordern Bund, Land und Kreis auf, eine Querung der B47 für den nicht-mobilisierten Verkehr unmittelbar östlich der A5 als südlichen Zugang zum Gewerbegebiet Stubenwald zu ermöglichen sowie eine Ausstattung der Brücke über die B47 von Lorsch zum Gewerbegebiet Stubenwald mit Geh- oder Radwegen.
- Wir fordern ein Straßenzustandskataster auch für Radwege, um sie zu verbessern.
- Erhöhung der Sicherheit des Fahrradverkehrs gegenüber dem Autoverkehr. Auch auf Straßen ohne separate Radwege oder -streifen müssen sich Radfahrende sicher fühlen.
- Absenkung der Radwegkanten gegenüber von Straßeneinmündungen und wichtigen Ausfahrten, z.B. von Einkaufsmärkten.
- Fortführung der turnusmäßigen städtischen Radverkehrsschau zur Verbesserung der Situation für Radfahrer.

7. Bedarfsgerechter Ausbau des ÖPNV

Um das Klima zu schonen, Energie für den Individualverkehr einzusparen und denjenigen Mobilität zu ermöglichen, die nicht am Autoverkehr teilnehmen, wollen wir den ÖPNV nicht nur auf den Hauptlinien, im Anschluss an die Bahn, sondern auch im innerstädtischen Bereich maßgeblich erneuern. Damit wollen wir einen benutzerfreundlichen ÖPNV schaffen:

Halbstundentakt der Buslinien in benachbarte Orte

- Auf der Linie 669 zwischen Heppenheim und Alsbach wurde bereits der Halbstundentakt eingeführt. Wir wollen beim Kreis darauf hinwirken, dass auch die Linien nach Lampertheim, Lorsch, Einhausen und Lindenfels im Halbstundentakt verkehren. Denn nur ein verlässlicher Verkehr mit akzeptablen Wartezeiten führt zu entsprechenden Anreizen, auf das Auto zu verzichten.

Neue sternförmige Planung der Stadtbuslinien

- Um einen innerstädtischen Verkehr effizient anbieten zu können, müssen die Stadtbuslinien neu geplant werden. Eine sternförmige Anlage führt dazu, dass die Fahrzeiten kurz sind und Taktzeiten verringert werden können (mindestens 30, besser 15 Minuten). Dabei muss jeder Stadtteil berücksichtigt werden.

- Abgestimmter Takt-Fahrplan auch auf die Deutsche Bahn, denn Bensheim ist ein wichtiger Bahnhof für Pendlerinnen und Pendler nach Frankfurt und Mannheim bzw. Heidelberg sowie IC-Halt. Die Zubringer- und Abholer-Linien müssen bzgl. der Ankunfts- und Abfahrtszeiten so optimiert werden, dass lange Wartezeiten zur Weiterfahrt vermieden werden.

Flexibilisierung des Ruftaxis

- Im Hinblick auf die Bestellzeiten und Ein- und Ausstiegspunkte an den Linien des Ruftaxis setzen wir uns für mehr Flexibilität ein. Voranmeldezeiten von mehr als einer Stunde und feste Haltestellen sind nicht mehr zeitgemäß.
- Wir wollen für die Zeiten schwachen Verkehrs und für Strecken, die nur fallweise sowie in den Randzeiten genutzt werden (abends, an Sonn- und Feiertagen etc.) bedarfsorientierte Verkehre anbieten, die zeitlich flexibel, aber auch bzgl. der Linien und Ein- und Ausstiegs-Punkte nach Anforderung gesteuert werden.
- Bedarfsorientierte Sammelfahrten auf bestimmten Linien oder zwischen Stadtteilen.

Sicherstellung des ÖPNV auch an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen

- Heutzutage wird der ÖPNV an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen stark ausgedünnt bzw. findet teilweise gar nicht mehr statt. Wir wollen durch bedarfsorientierte Verkehre auch an diesen Tagen ein ausreichendes Verkehrsangebot schaffen.
- Um sich die Abfahrtszeiten merken zu können, müssen Fahrpläne so gestaltet sein, dass die Zeiten nicht von Stunde zu Stunde schwanken, sondern regelmäßig erfolgen.
- Wir wollen moderate und transparente Preise anbieten, die den innerstädtischen ÖPNV gegenüber dem PKW auch finanziell attraktiver machen.

8. Finanzen: Auf dem Weg zum Grünen Plus

Wir wollen erreichen, dass auch in zukünftigen Haushaltsjahren die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen. In einem stabilen konjunkturellen Umfeld halten wir das für machbar, auch wenn durch den absehbaren Wegzug des wichtigen Gewerbesteuerzahlers SAP einerseits und durch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs andererseits die Hürden auf diesem Weg deutlich höher werden. Das Haushaltssicherungskonzept ist fortzuschreiben und an die aktuelle Situation anzupassen. Nur ein dauerhaft ausgeglichener Haushalt ist nachhaltig, erhält die Handlungsfähigkeit der Politik und vermeidet die weitere Belastung zukünftiger Generationen.

Verglichen mit vielen Nachbarkommunen ist die finanzielle Ausstattung der Stadt noch gut. Trotzdem ist der größte Teil der städtischen Mittel durch Pflichtaufgaben gebunden. Entsprechend wenig bleibt für die sogenannten freiwilligen Leistungen, in denen sich die kommunale Selbstverwaltung darstellt. Wir wollen erreichen:

- weitere Überprüfung des städtischen Immobilienbestandes. Dabei ist nicht nur zu berücksichtigen, wie sich Käufe und Verkäufe auf die mittel- und langfristige Kostenstruktur auswirken, sondern auch, welche Auswirkungen sie auf das städtische Vermögen haben.
- Die Ausgaben für den Straßenunterhalt sind durch Anpassung der Ansprüche zu reduzieren. Im Hessentagsjahr 2014 hat sich gezeigt, dass auch mit deutlich reduzierten Aufwänden akzeptable Ergebnisse möglich sind.
- Die Anstrengungen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden sind beizubehalten bzw. zu verstärken. Wo immer dies möglich ist, sind die Energieeinsparungen, die durch die LED-Umstellung bei der Straßenbeleuchtung bereits erzielt wurden, auf alle öffentlichen Einrichtungen auszudehnen.

- Zentrale Kriterien beim Verkauf von Gewerbegebieten sind die Anzahl der neu entstehenden Arbeitsplätze, die sozialen und ökologischen Standards der anzusiedelnden Unternehmen und die zu erwartenden Gewerbesteuerereinnahmen.
- Eine signifikante Effizienzsteigerung der städtischen Verwaltung ist möglich durch intelligenten IT-Einsatz in deutlich höherem Maß als heute. Dadurch können ein Abbau von Überstunden sowie die Rückholung von externen Leistungen erreicht und damit die Kosten nachhaltig gesenkt werden.
- In Zeiten immer knapper werdender finanzieller Spielräume auf allen staatlichen Ebenen bei gleichbleibenden oder sogar wachsenden Aufgaben bekommt auch die interkommunale Zusammenarbeit eine größere Bedeutung. Alle Chancen, die sich hier bieten, wollen wir nutzen, um die Kosten für die Stadt zu reduzieren.
- Die letzte Erhöhung der Gewerbesteuer fand im Jahr 2012 statt und erhöhte den Steuersatz auf den Unternehmensgewinn um 0,7%. Eine Erhöhung um 1% als letzte Lösung auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt erscheint angemessen.
- Gebühren, die für städtische Leistungen erhoben werden, sollen im Allgemeinen kostendeckend sein. Unabhängig davon sollen Gebühren, die im Bereich Kindererziehung und Kultur erhoben werden, so weit wie möglich soziale Komponenten beinhalten.
- Die Subventionierung des Autoverkehrs durch nicht kostendeckende Parkgebühren ist zu beenden.
- Die Grundsteuer wurde in der Wahlperiode 2011 / 2016 zweimal erhöht. Eine weitere Erhöhung in der kommenden Wahlperiode soll auf jeden Fall vermieden werden.
- Investitionen, die dem Erhalt des städtischen Vermögens dienen, dürfen nicht aufgeschoben werden. Im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik dürfen wir es nicht zulassen, dass das kurzfristige Streben nach der schwarzen Null bzw. dem grünen Plus zu einer Vernachlässigung des uns anvertrauten Vermögens führt.
- Die Attraktivität Bensheims begründet sich auch auf der großen Anzahl der sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie der vielen Sport- und Freizeitanlagen. Wir wollen, dass diese Attraktivität und deren Finanzierung erhalten bleiben.



www.gruene-bensheim.de

Social-Media-Icons von Freepik
www.flaticon.com

V.i.S.d.P.: Grüne Liste Bensheim – DIE GRÜNEN (GLB)

Die Sprecherinnen und Sprecher der GLB, Annette Müller, Pater-Delp-Str. 32, 64625 Bensheim